

Notizen

INTEGRATION VON FLÜCHTLINGEN IM NACHKRIEGSDEUTSCHLAND

Ein Forschungskolloquium des Instituts für Zeitgeschichte

Das Thema „Vertriebenen-Integration in der SBZ/DDR“ bildet einen zentralen Forschungsbereich der Außenstelle Berlin (bis Juni 1996: Potsdam) des Instituts für Zeitgeschichte (vgl. Notiz in VfZ 1/1995). Um die vielerorts zu beobachtenden Initiativen zur Erforschung dieser wichtigen Nachkriegsproblematik zu bündeln, hat das Institut – hierbei vom Bundesministerium des Innern großzügig unterstützt – am 25./26. Juni 1996 in München ein Kolloquium zum Thema „Integration von Flüchtlingen im Nachkriegsdeutschland“ veranstaltet.

Im Zentrum dieses Forschungskolloquiums stand – dem Forschungsprofil der Berliner Außenstelle des Instituts entsprechend – die Entwicklung in der SBZ/DDR; gezielt wurden jedoch auch die parallelen Prozesse in den Westzonen in den Blick genommen, denn fünfzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der damit einhergehenden Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ostdeutschland und Osteuropa ist die Thematik der Vertreibung und die politische und soziale Integration der Vertriebenen im alsbald geteilten Nachkriegsdeutschland erneut und verstärkt ins Blickfeld der Forschung und einer interessierten Öffentlichkeit gerückt. Bei der wissenschaftlichen Bearbeitung der Integrationsthematik gab es – in beiden damaligen deutschen Teilstaaten – bereits in den achtziger Jahren einige Fortschritte. Die politische Entwicklung seit 1989/90 hat jedoch der zeitgeschichtlichen Forschung – angesichts der nun weitestgehend zugänglichen Archivalien der früheren DDR – besonders vielversprechende Möglichkeiten eröffnet.

Angesichts dieser Entwicklung zeigte sich immer stärker die Notwendigkeit, die wissenschaftliche Debatte zu vernetzen. Dies war auch ein wesentliches Ziel des Forschungskolloquiums, das sich als internes Kommunikationsangebot für Spezialisten verstand: Zum einen erschien es notwendig, die bisher meist noch getrennt verlaufenden Diskussionen über die Vertriebenenproblematik in Ost und West zusammenzuführen, um über diese Parallel-Betrachtung allmählich eine wirklich komparative gesamtdeutsche Perspektive zu gewinnen; in einigen Tagungsreferaten wurde das Ziel eines innerdeutschen Vergleichs tatsächlich erreicht, in einem Falle wurde sogar der Vergleich zwischen der SBZ und dem frühen Nachkriegspolen versucht. Zum anderen sollten auch solche Forschungsprojekte zur SBZ/DDR, die sich nicht hauptsächlich mit dem Vertriebenenproblem beschäftigen, jedoch wichtige Teilerkenntnisse für die weitere Diskussion dieser Thematik bereitzustellen vermögen, in die Debatte einbezogen werden. Neben dieser thematischen Erweiterung und Vernetzung der Diskussion sollten dabei auch unterschiedliche disziplinäre bzw. methodische Forschungsansätze zum Thema der Vertriebenenintegration zusammengeführt werden: Politikgeschichtliche, sozialgeschichtliche und erfahrungsgeschichtliche Fragestellungen wurden mit soziologischen und volkskundlichen Herangehensweisen

konfrontiert. In diesem Zusammenhang bot das Kolloquium gerade auch jüngeren Wissenschaftlern die Möglichkeit, an einem bereits laufenden Expertendiskurs teilzunehmen und diesen durch ihre Beiträge und neuen Forschungsergebnisse zu bereichern. Die Ergebnisse des Kolloquiums werden in Form eines Sammelbandes durch das Institut für Zeitgeschichte einer breiteren interessierten Fachöffentlichkeit präsentiert werden.

Nach der Eröffnung des Kolloquiums durch den Direktor des Instituts, Professor Dr. Horst Möller, München, sowie den Leiter der Berliner Außenstelle, Dr. habil. Hartmut Mehringer, und einem Grußwort des Vertreters des Bundesministeriums des Innern, Regierungsdirektor Dr. Matthias Buth, behandelte Hermann Graml, München, zunächst die Thematik von „Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ostdeutschland und Osteuropa“; hierbei fanden die Thematik von Flucht und Vertreibung in früheren Epochen der neueren Geschichte ebenso Berücksichtigung wie die Spezifika im 20. Jahrhundert, wobei Graml vor allem auf die Vertreibungsambitionen Stalins als Antwort auf Hitlers Vernichtungskrieg zu sprechen kam. Eine zweite Sektion beschäftigte sich mit der Vertriebenen-Integration in den westlichen Besatzungszonen bzw. der Bundesrepublik Deutschland. Sylvia Schraut, Mannheim, und Volker Ackermann, Düsseldorf, gaben aufgrund der (nicht zuletzt durch ihre eigenen Studien erzielten) vergleichsweise breiten Forschungsergebnisse für die „West-Entwicklung“ einen konzisen Überblick über die Vertriebenenpolitik der westlichen Besatzungsmächte 1945–1949 sowie über die Grundlinien der westdeutschen Integrationspolitik bis 1969. In regionalgeschichtlicher Fokussierung behandelte Marita Krauss, München, die Integration von Vertriebenen am Beispiel Bayerns; ergänzend stellte Winfried Müller, München, den breitangelegten, von der bayerischen Staatsregierung geförderten Forschungsverbund „Die Entwicklung Bayerns durch die Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge“ vor. Den Abschluß dieser Sektion bildete die von Peter Exner, Marburg, präsentierte sozialgeschichtliche Mikrostudie zur Vertriebenen-Integration in der ländlichen Gesellschaft am Beispiel westfälischer Landgemeinden zwischen 1945 und 1969.

Die dritte Sektion des Kolloquiums beschäftigte sich mit politischen Aspekten der Vertriebenenintegration in der SBZ/DDR. Manfred Wille, Magdeburg, diskutierte zunächst die inhaltlichen Grundlinien der Vertriebenenpolitik der SED im ersten Nachkriegsjahrzehnt. Anschließend skizzierte Michael Schwartz, IfZ-Außenstelle Berlin, die Bedeutung der „institutionellen Dynamik“ der ostzonalen Vertriebenen- bzw. (wie es dort hieß) Umsiedler-Integrationspolitik anhand der raschen strukturellen und personellen Verschiebungen in den politisch-administrativen „Apparaten“ der SBZ und frühen DDR zwischen 1945 und 1950. Dierk Hoffmann, IfZ-Außenstelle Berlin, ging vor diesem Hintergrund am konkreten Beispiel der Beschäftigungspolitik der SBZ/DDR der Frage nach, inwiefern „Vertriebenen-Integration durch Arbeitsmarktenkung“ habe erfolgen können. Auf diese Weise wurden die miteinander eng zusammenhängenden politikgeschichtlichen Fragestellungen nach der *inhaltlichen Konzeptualisierung* von Vertriebenenpolitik, ihrer *politisch-administrativen Institutionalisierung* und schließlich nach der politisch oder gesellschaftlich bedingten *Reichweite ihrer Realisierung* nacheinander exemplifiziert. Einen besonderen Aspekt, nämlich die ausgebliebene Entnazifizierung Vertriebener in Mecklenburg-Vorpommern, beleuchtete Damian van Melis, Düsseldorf. Einen regionalgeschichtlichen Ansatz verfolgte auch Manfred Jahn, Dresden, der Beobachtungen zur sächsischen Spezifik der Aufnahme von vertriebenen Deutschen – insbesondere im industriellen Sektor – bot.

Die abschließende Sektion der Tagung beschäftigte sich mit ökonomischen und sozialen Aspekten der Vertriebenenintegration in der SBZ/DDR. Hier versuchte Philipp Ther, Berlin, zunächst einen Vergleich zwischen der SBZ/DDR und Polen 1945 und

1950, bevor Arnd Bauerkämper, Potsdam, die Auswirkungen der Bodenreform und der Flüchtlingssiedlung auf die berufliche Eingliederung von Vertriebenen in die Landwirtschaft in Deutschland zwischen 1945–1960 thematisierte und dabei einen innerdeutschen West-Ost-Vergleich unternahm. Marcel Boldorf, Mannheim, und Steffi Kaltenborn, Magdeburg, analysierten in der Folge die „Fürsorgeunterstützung als Folge der Umsiedlerlenkung in der SBZ“ bzw. die Wohnverhältnisse von Vertriebenen in Thüringen bis 1948. Michael Grottendieck, Münster, untersuchte in einem mikrohistorischen Vergleich Probleme der Eingliederung von Vertriebenen im Münsterland bzw. in Mecklenburg, um Gemeinsamkeiten und (nicht zuletzt politisch bedingte) Unterschiede alltäglicher Integrationssituationen zu verdeutlichen. Mit Vertriebenenintegration als Langzeitprozeß beschäftigte sich daraufhin Dagmar Semmelmann, Berlin, die einige typische politische und soziale Integrationsverläufe in der „sozialistischen Musterstadt“ Eisenhüttenstadt aus lebensgeschichtlicher Sicht darstellte. Abschließend skizzierte Stefan Donth, Leipzig, die an der dortigen Universität begonnenen, auf Sachsen bezogenen Forschungsprojekte.

Durch die Konfrontation unterschiedlicher Forschungsansätze und -ergebnisse ergaben sich auch allgemeine Fragestellungen, die für die weitere Diskussion des Problems der Vertriebenenintegration in gesamtdeutscher Perspektive signifikant bleiben dürften. Hier wird es ein gezielter innerdeutscher West-Ost-Vergleich ermöglichen, deutlicher als bisher Gemeinsamkeiten und Unterschiede der jeweiligen Integrationssituationen, -politiken und gesellschaftlichen Verläufe herauszuarbeiten. In politikgeschichtlicher Perspektive wird insbesondere zu fragen sein, welche grundlegenden Ziele die jeweilige Integrationspolitik verfolgte, auf welche Weise sie konkret operationalisiert wurde und welche politisch-administrativen Institutionen mit der Umsetzung solcher Politik befaßt waren. Inhaltliche Fragestellungen zur Integrationspolitik und Fragen nach ihrem Verhältnis zur allgemeinen Gesellschaftspolitik sind hier mit der Untersuchung von Struktur, Dynamik und Funktionsweise des jeweiligen politisch-administrativen (Teil-)Systems zu verknüpfen. Des weiteren ist jedoch stets auch nach der gesellschaftlichen Reichweite solcher Politik, nach Möglichkeiten und Grenzen ihrer Umsetzung zu fragen; dies schärft den Blick für grundsätzliche Durchsetzungsprobleme selbst diktatorischer Herrschaft (insbesondere auf der lokalen Mikroebene) ebenso wie für besondere Durchsetzungsprobleme aufgrund politischer Konflikte im Herrschaftsapparat sowie aufgrund bestimmter administrativer Rekonstruktionsprobleme vor dem Hintergrund der weltkriegsbedingten „Zusammenbruchsgesellschaft“. In sozialgeschichtlicher Hinsicht müssen schließlich wichtige Fragestellungen zum Verhältnis der Vertriebenenintegration zu allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen beachtet werden: Die Bedeutung der Vertriebenenintegration für langfristige gesellschaftliche Modernisierungs- und Transformationsprozesse dürfte hier im Vordergrund des Forschungsinteresses stehen. Von einer weiteren Vertiefung und Verknüpfung von Integrationsforschung in ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen wird es – wie auch der Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, Horst Möller, abschließend verdeutlichte – wesentlich abhängen, ob es gelingt, die gesamtdeutsche Geschichte der Vertriebenen-Integration mit all ihren politischen und gesellschaftlichen Problemen hinreichend differenziert nachzuzeichnen und auch den damit verbundenen soziopolitischen Erfolg plausibel zu machen, der die Vertriebenen-Integration zu einer der großen Friedensleistungen der Nachkriegszeit werden ließ.

Michael Schwartz

UMZUG DER AUßENSTELLE POTSDAM DES INSTITUTS FÜR ZEITGESCHICHTE NACH BERLIN

Anfang Juni 1996 ist die Außenstelle Potsdam des Instituts für Zeitgeschichte (bisherige Adresse: Tizianstr. 13, 14467 Potsdam) nach Berlin umgezogen. Die neue Adresse lautet:

Institut für Zeitgeschichte
Außenstelle Berlin
Finckensteinallee 63
12205 Berlin
Tel. 030/843705-0
Fax 030/843705 20

Das Domizil der Außenstelle befindet sich auf dem Gelände der ehemaligen Kadettenanstalt in Berlin-Lichterfelde in unmittelbarer Nachbarschaft der neuen Berliner Zentrale des Bundesarchivs. Der Vorteil unmittelbarer Quellennähe, der in Potsdam gegeben war, bleibt erhalten, ist sogar noch größer geworden, da das Bundesarchiv seine gesamten Berliner Bestände, vor allem auch die von der „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen“ verwahrten, in der neuen Zentrale zusammengeführt hat bzw. zusammenführt. Personelle Zusammensetzung und Arbeitsprogramm der Außenstelle haben sich nicht verändert.

Hartmut Mebringer

Berichtigung

Durch ein bedauerliches Versehen der Redaktion ist in Heft 2/1996 (S.201–227) der Aufsatz von Essner/Conte ungenau bezeichnet worden. Richtig muß es heißen: Édouard Conte/Cornelia Essner, Zur Metamorphose von Ehe und Recht im Dritten Reich.

Abstracts

Axel Frohn, Adenauer and the Problem of Germany's Eastern Territories in the 1950's

Before its final settlement in 1990 the question of Germany's eastern territories was one of the thorniest problems in German-Polish relations. Therefore the suggestion that in 1951 Chancellor Konrad Adenauer might already have given up Germany's claim to these territories caused a mild *Historikerstreit* in the Federal Republic. In fact, relinquishing the territories east of the *Oder-Neiße-Linie* to Poland without a quid pro quo would never have occurred to Adenauer. When he did bring up Germany's eastern territories during the negotiations of the General Convention in 1951, he used this question to show that at a peace conference a common policy between Germany and her western allies might not always be possible. Germany, he insisted, should have a free hand in negotiating the terms of a peace treaty including territorial concessions. This view coincided with American policies throughout the 1950's. While the Eisenhower administration did not commit itself to a specific German-Polish border, it considered various modifications of the *Oder-Neiße-Linie* in Germany's favor. Only during the Berlin crisis of the late 1950's and early 1960's did it become apparent that the United States would only support the unification of West Germany, the "soviet zone" and Berlin – not more and not less.

Igor Lukes, Stalin, Benes and the Tukhachevskii Case

For decades historians have raised the question whether outside forces figured in the purge of the Red Army which Stalin initiated in 1937 with the arrest and subsequent shooting of Marshal Tukhachevskii. It was unclear whether Heinrich Himmler's *Sicherheitsdienst* falsified certain documents in Berlin, which were to prove Tukhachevskii's conspiratorial plotting against Stalin, and later passed these on to the Czechoslovakian head of state Edvard Benes. Should this have been the case, Stalin, having been given this information by Benes, would immediately have set about purging the ranks of his own army. Recollections by members of the *Sicherheitsdienst*, as well as Benes' memoirs, appear to verify this sequence of events. However, archival material recently made available in Prague and Moscow proves without a doubt, that the involvement of the *Sicherheitsdienst* was instigated by one of Stalin's agents. Indeed Benes, who in fact had received information from Berlin regarding Tukhachevskii's conspiracy plans, did not make this known to Stalin until after Marshal Tukhachevskii had been put to death. Thus, the purging of the Red Army was an act Stalin had planned and carried out independently and can be seen as one more aspect characterizing his totalitarian regime.

Daniela Münkel, The Reichserbhofgesetz in Practice

The *Reichserbhofgesetz* which was enacted on September 29, 1933 is not only one of the best known National Socialist agricultural laws, it equally epitomizes a retrogressive agricultural policy supporting farmers. The analysis of the practical application of the law on a regional level by the *Anerbengerichte* reveals an important discrepancy between the claim of the law and its practice. In the interpretation of the law, the courts orientated themselves less to ideological than to economic premises, which rose from the requirements of the *Erzeugungsschlachten*, four-year plan and war economy.

Arnold Krammer, Internment of German Aliens in the United States during World War II

After the United States entered World War II, several thousand suspect German aliens were arrested. The arrests usually occurred during the middle of the night based on such trivial grounds as a carelessly made remark or denunciations by neighbors or business rivals. Condemned as "enemy aliens", these immigrants were placed together with their families in one of the two dozen internment camps specially set up by the Immigration and Naturalization Service. There they remained until the end of the war or even longer. In 1944/45 they were given the choice to transfer to Sweden on board the neutral ocean liners "Gripsholm" and "Drottningholm". Others, classified as risks to national security, were repatriated against their will even after 1948. Those immigrants still residing in the United States, returned to their pre-war existence, but were embittered by the treatment they had suffered and frustrated by history's indifference to their experience.

Michael Buddrus, "We have not reached the end, but we are in the midst of a big war." A Memorandum of the Dönitz Government on May 16, 1945

This essay focusses on the memorandum by Helmut Stellrecht, which is considered to be the last example of national socialist policy at work. Reinforced by national socialist ideology and filled with the hope the heterogeneous anti-Hitler coalition might fail, Helmut Stellrecht developed a kind of double strategy for a new European order. He tried to convince the western allies, on the one hand, how national socialism was indispensable to maintaining stability between "eastern Bolshevism" and "western democracy". On the other hand, he tried to make clear that the real threat came from the east and stressed the need for an active deterrent. While Stellrecht's alignment with national socialist ideology made him a leading figure within the NSDAP ranks, he represents those national socialist leaders of the second order who have until recently been given scant attention.

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. *Axel Frohn*, Historiker und Publizist (3426 N. George Mason Drive, Arlington, Virginia 22207); veröffentlichte u. a. „Neutralisierung als Alternative zur Westintegration. Die Deutschlandpolitik der Vereinigten Staaten von Amerika 1945–1949“ (Frankfurt a. M. 1985), (Hrsg.) „Holocaust and Shilumim. The Policy of ‚Wiedergutmachung‘ in the Early 1950s“ (Washington 1991), gemeinsam mit C. Fink und J. Heideking (Hrsg.) „Genoa, Rapallo, and European Reconstruction in 1922“ (Cambridge/New York 1991), sowie gemeinsam mit J. Diefendorf und H.-J. Rupieper (Hrsg.) „American Policy and the Reconstruction of West Germany, 1945–1955“ (Cambridge/New York 1993).

Dr. *Igor Lukes*, Associate Professor für Internationale Beziehungen an der Boston University (Department of International Relations, 156 Bay State Road, Boston, Mass. 02215), Fellow am Russian Research Center an der Harvard University, arbeitet an einem Projekt über Stalins Diplomatie am Vorabend des Zweiten Weltkriegs. Veröffentlichte u. a. „Benesch, Stalin und die Komintern. Vom Münchner Abkommen zum Molotow-Ribbentrop-Pakt“ in: VfZ 41 (1993).

Dr. *Daniela Münkel*, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Historischen Seminar der Universität Hannover (Im Moore 21, 30167 Hannover); veröffentlichte u. a. „Bauern und Nationalsozialismus. Der Landkreis Celle im Dritten Reich“ (Bielefeld 1991), „Nationalsozialistische Agrarpolitik und Bauernalltag“ (Frankfurt/New York 1996); arbeitet z. Zt. an Projekten zur Geschichte des Radios im Nationalsozialismus und der DDR sowie zu Oberbürgermeistern im 19. Jahrhundert.

Dr. *Arnold Kramer*, Professor an der Texas A&M University (College Station, Texas 77843–4236); zahlreiche Veröffentlichungen u. a. zur deutschen und amerikanischen Geschichte des 20. Jahrhunderts, v. a. „Deutsche Kriegsgefangene in Amerika, 1942–45“ (Tübingen 1995). Demnächst erscheint eine Monographie über deutsche Zivilinternierte in den USA während des Zweiten Weltkriegs.

Dr. *Michael Buddrus*, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte, Außenstelle Berlin (Finckensteinallee 63, 12205 Berlin); veröffentlichte u. a. gemeinsam mit K. H. Jahnke „Deutsche Jugend 1933–1945. Eine Dokumentation“ (Hamburg 1989), „Die Organisation ‚Dienst für Deutschland‘. Arbeitsdienst und Militarisierung in der DDR“ (Weinheim/München 1994), „Kaderschmiede für den Führungsnachwuchs“? Die Kadettenschule der Nationalen Volksarmee in Naumburg 1956–1961. Ein Beitrag zur Geschichte der Militär- und Jugendpolitik der SED“, in: Von der SBZ zur DDR. Studien zum Herrschaftssystem in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik, hrsg. von H. Mehringer (München 1995); arbeitet gegenwärtig an einer vergleichenden Untersuchung der nationalsozialistischen und kommunistischen Jugendpolitik in Deutschland.